



Kanadas Konfrontationskurs taugt nicht als Vorbild

Bern sollte laut Experten weiterhin ein Zollabkommen mit den USA anstreben

MATTHIAS BENZ, JÜRG MEIER

Zwischen Kanada und den USA stehen die Zeichen auf Eskalation. Die jüngste Ankündigung kommt von US-Präsident Donald Trump. Er werde die Strafzölle auf Autos, Autoteile und Stahl aus Kanada erhöhen, kündigte er auf seinem Nachrichtendienst Truth Social an.

Der Konflikt war am Wochenende ausgebrochen. Kanada hatte die laufenden Verhandlungen für ein Zollabkommen mit den USA sistiert, wie der kanadische Premierminister Mark Carney in einer Ansprache an seine Landsleute bekanntgab. Daraufhin setzte Trump Strafzölle von 50 Prozent auf bestimmte kanadische Güter in Kraft. Carney wiederum kündigte an, diese ab dem 8. September mit eigenen Zöllen «Dollar für Dollar» zu vergelten. Dies hat zu Wochenbeginn die nächste Antwort Trumps provoziert.

Wie bedeutend ist die Eskalation?

Noch ist nicht klar, ob der Konflikt in einen ausgewachsenen Handelskrieg – mit einer Abfolge von Zöllen und Gegenzöllen – mündet. Doch Kanadas Vorgehen ist aus zwei Gründen bemerkenswert. Es ist das erste Land seit langem, das den Verhandlungstisch von sich aus verlässt. Die meisten Regierungen haben bisher versucht, mit der Trump-Administration im Gespräch zu bleiben, um ein Handelsabkommen zu erzielen. Zudem hat Carney mit der Wortwahl überrascht, man befinde sich nun «im Krieg», denn Kanada sei angegriffen worden.

Blickt man auf die reale wirtschaftliche Bedeutung für die beiden Länder, ist die Eskalation aber bis jetzt eher

klein. Die neuen amerikanischen Strafzölle, die seit dem Wochenende gelten, betreffen Güter im Handelswert von rund 20 Milliarden Dollar. Das sind nur rund 5 Prozent der kanadischen Exporte in die USA. Die Zölle werden etwa für Möbel, Wein und Hockeyschläger erhoben.

Der effektive Zollsatz, den Importeure an der amerikanischen Grenze für kanadische Güter bezahlen müssen, dürfte durch die Massnahme von durchschnittlich 5,3 auf 7,6 Prozent steigen, wie das Yale Budget Lab berechnet hat.

Mithin liegt die effektive Zollbelastung für kanadische Güter immer noch relativ tief. Zwar hat Trump seit dem Frühling 2025 bereits verschiedene Strafzölle verhängt, etwa jene für Fahrzeuge, Stahl und Aluminium aus Kanada, die er nun erhöhen möchte. Viele dieser Produkte sind aber faktisch weiterhin von den Zöllen ausgenommen, wenn sie nach den Regeln des USMCA-Freihandelsvertrages gehandelt werden. Dieses Abkommen zwischen den USA, Kanada und Mexiko hatte Trump in seiner ersten Amtszeit unterschrieben.

Kommt es zum Handelskrieg?

In Verhandlungen ist es nicht ungewöhnlich, dass eine Partei den Tisch verlässt. Sie kann so signalisieren, dass sie bestimmte Bedingungen nicht akzeptiert. Carney ging es wohl auch darum, seinen Landsleuten zu zeigen, dass sich Kanada nicht alles gefallen lässt.

Ein grundsätzliches Zerwürfnis zwischen den amerikanischen und den kanadischen Verhandlungsführern scheint es aber nicht gegeben zu haben, wie kanadische Medien am Montag

berichteten. Vielmehr sei man sich in verschiedenen Detailfragen nicht einig gewesen.

Zudem haben die Kanadier wohl gelernt, Trumps Verhalten besser einzuschätzen. Der amerikanische Präsident droht zwar immer wieder in harschen Worten, krebst dann aber zurück. Womöglich ist auch Trumps neue Drohung vom Montag in diesem Kontext zu sehen. Sie könnte ein Druckversuch sein, um zu erreichen, dass die Kanadier wieder an den Verhandlungstisch zurückkehren.

Beiden Seiten dürfte bewusst sein, dass ein ausgewachsener Handelskrieg erheblichen Schaden anrichten könnte. Nicht nur die kanadische Wirtschaft, für die die USA der wichtigste Absatzmarkt sind, würde leiden. Die Folgen bekämen auch Firmen und Konsumenten in den USA zu spüren. Ökonomen warnten etwa davor, dass Zölle auf kanadische Produkte die Inflation in den USA weiter nach oben treiben könnten.

Sollte die Schweiz die Zollverhandlungen mit den USA ebenfalls abbrechen?

Für eine Beendigung der Gespräche mit den USA plädiert in der Schweiz derzeit niemand. Ideen für eine härtere Verhandlungsführung gibt es aber durchaus. Dazu gehören etwa ein Verkauf von US-Aktien im Bestand der Nationalbank, eine Einschränkung des Goldhandels mit den USA oder Lieferstopps für kritische Bauteile. «Ich halte es jedoch für unrealistisch, dass solche Massnahmen etwas bewirken würden», sagt Rahul Sahgal, Chef der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer.

Ein aggressiveres Auftreten der Schweiz hält Sahgal grundsätzlich für den



falschen Weg. «Wir haben weder die Macht noch die Mittel, um wie Kanada auf Konfrontation zu gehen.» Bei Schlüsselprodukten habe sich beispielsweise gezeigt, dass die Kunden in den USA die Zölle selbst übernehmen, damit sie dringend benötigte Güter aus der Schweiz importieren könnten. Will der Bundesrat solche Ausfuhren stoppen, muss er den heimischen Firmen ein explizites Lieferverbot auferlegen. «Das mag in China funktionieren, im freien Markt der Schweiz aber kaum.»

Die Schweiz macht es laut Sahgal derzeit genau richtig: Sie erfüllt Schritt für Schritt ihren Teil des im vergangenen November unterzeichneten sogenannten Joint Statement. In diesem verständigten sich die beiden Länder auf eine Zolloberggrenze von 15 Prozent. Das pragmatische Vorgehen habe sich be-

währt. «Seit das Joint Statement vereinbart worden ist, zeigen sich die Amerikaner als verlässlich.» Im Gegensatz zu anderen Handelspartnern der USA ist die Schweiz von neuen, willkürlichen Zöllen verschont worden.

Wie soll die Schweiz reagieren, wenn die USA zusätzliche Zölle gegen die Schweiz verhängen?

Die Schweizer Wirtschaft traut der momentan ruhigen Lage nur bedingt. Der Grund: Erst kürzlich kritisierte Trump die Schweiz scharf wegen ihrer Tiefzinspolitik, welche die amerikanische Exportindustrie benachteilige. Derzeit bereitet Washington einen Bericht zu diesem Thema und zu anderen von ausländischen Staaten gesteuerten Marktverzerrungen vor. Je nach Resultat könnte Donald Trump die Schweiz

mit zusätzlichen Zöllen belegen.

Sahgal misst Trumps Rhetorik jedoch keine übermässige Bedeutung bei. Der US-Präsident fordere seit langem tiefere Zinsen im eigenen Land und nutze die Schweiz dabei als Aufhänger für seine innenpolitische Debatte. Trotz den markigen Worten müsse das nicht bedeuten, dass der Schweiz ein noch deutlich höherer Zollsatz drohe.

Und selbst wenn die USA zusätzliche Zölle zum derzeit geltenden Satz von 12,5 Prozent einführen sollten, plädiert Sahgal für Besonnenheit: «Käme es dazu, würde die Schweiz wie schon zuvor intervenieren und den USA ihre Situation erklären, anstatt auf Konfrontation zu gehen.» Seine Erwartung bleibt, dass Washington die im Joint Statement zugesicherte Obergrenze von 15 Prozent weiterhin respektiert.



Der Verkehr auf den Brücken zwischen den USA und Kanada (im Bild Detroit) könnte etwas dünner werden.

CARLOS OSORIO / REUTERS